

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

20.03.2017

An:
Frau Bürgermeisterin Sonja Leidemann

ggf . Nummer
26/V16

- Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
zur Beratung im: Rat am 30.03.2017
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeisterin
 Ausschußvorsitzende
 SPD-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Fraktion Bündnis 90 / Die Grüne
 Fraktion WBG
 FDP-Fraktion
 Fraktion Bürgerforum
 Fraktion Die Linke
 Fraktion Die Piraten
 Fraktion Witten Direkt
 fraktionslose Ratsmitglieder
 Fraktion Solidarität für Witten

Betreff

Raumkonzept für die politische Arbeit im zukünftigen Rathaus

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt folgende Rahmenbedingungen für die zukünftige räumliche Situation und Organisation politische Arbeit im Rathaus der Stadt Witten:

1. Für jede Fraktion wird im Rathaus jeweils ein Raum für die Arbeit der Geschäftsführung und der Fraktionsvorsitzenden bereitgestellt. In der Größe orientiert sich der Raum an der Fläche, die grundsätzlich für ein Dreipersonenbüro in der Verwaltung vorgesehen ist. Die Räume sind so bereitzustellen, dass eine barrierefreie Erreichung möglich ist.
2. Für Sitzungen werden Besprechungsräume gemeinsam mit der Verwaltung genutzt. Hierzu ist im Intranet ein Raumbuchungs- und Belegungssystem einzurichten. Für einzelne Räume können zur Vermeidung von Belegungskonflikten Vorrangregelungen getroffen werden.
3. Separate Büros für stellvertretende Bürgermeister*innen werden nicht eingerichtet
4. Für die Umbauphase wird den Fraktionen ein ausreichender Geldbetrag für die Anmietung externer Räumlichkeiten entsprechender Größe bereitgestellt. Alternativ können den Fraktionen Räumlichkeiten entsprechend dem Umzugsverfahren der Verwaltungsbeschäftigten (z.B. in der Liegenschaft Brauckstraße) angeboten werden.

Begründung

Zwar ist es richtig, dass Demokratie Geld kostet. Es ist aber auch richtig, dass die Politik mit gutem Beispiel voran gehen und einen Beitrag zur Erreichung der Konsolidierungsziele leisten sollte, die mit dem Umbau des Rathauses verbunden sind. Gegenläufige Ideen wie zusätzliche Büros für stellvertretende Bürgermeister*innen oder eigene Besprechungsräume

für die Politik sind unangemessen kostenintensiv und nicht mehr zeitgemäß.
In der Regel findet die kommunal ehrenamtlich organisierte politische Arbeit außerhalb der üblichen Arbeitszeiten der Verwaltung statt, da auch ein Großteil der Ratsmitglieder zu diesen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Sofern sich dies für einzelne Fraktionen oder Situationen anders darstellt, kann durch eine Vorrangregelung ein Zugriffsrecht auf Besprechungsräume auch tagsüber gesichert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Birgit Legel-Wood
Fraktionsvorsitzende

gez.
Jan Richter
stv. Fraktionsvorsitzender